

WIENER RATHAUS-KORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Mittwoch, 6. Dezember 1911.

WIENER STADTRAT

Sitzung am 6. Dezember 1911.

Vorsitzende die Vizebürgermeister Dr. Forzer und Hoß.
Nach einem Bericht des StR. Knoll wird die Katstralparzelle 1307 in Alt Leopoldsdorf im 21. Bezirk im Ausmaße von 2795 m² um K 6,40 per m² zu Regulierungszwecken angekauft.

StR. Oppenberger beantragt eine Abänderung der Baulinien für die Aspernbrückengasse im 2. Bezirk längs der Häuser 1, 3 und 5 unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 25 m. (Ang.)

StR. Schreiner beantragt im Interesse der Hebung des Fremden- und Ausflugsverkehrs in die Wachau an das Eisenbahnministerium wegen Besserung des Verkehrs auf der Lokalbahn Krems - Grein heranzutreten. (Ang.)

Nach einem Bericht des StR. Schneider wird die Ergänzung des Vorrates an Oberflurhydranten für das Jahr 1912 (500 Stück) mit dem Erfordernisse von 58.000 K genehmigt.

StR. Grünbeck beantragt die Errichtung einer Best'schen Bedürfnisanstalt nächst der Endstation der städt. Straßenbahnen in Neuwaldegg im 17. Bezirk unterhalb der mit der Dornbacherstraße in gleicher Richtung verlaufenden Böschung für die Herstellung einer Stützmauer seien 4900 K, für die Bedürfnisanstalt 3000 K zu bewilligen. (Ang.)

Die Legung eines Wasserleitungsrohrstranges in der Wattgasse von der Hernalser Hauptstraße bis zur Richthausenstraße sowie in der Richthausenstraße vom bestehenden Rohrstrange beim Schlachthause bis zur Midlgasse im 17. Bezirk wird mit den Kosten von 7800 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Hallmann wird die Abteilung der Liegenschaften Einl. 799, 2037 und 2038 im 5. Bezirk, bei der ehemaligen Matzleinsdorferlinie auf 6 Baustellen bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Hölzl wird die Einleitung des Hochquellenwassers in den Sieveringer Friedhof und die Errichtung von 2 öffentliche zugänglichen Anlaufbrunnen daselbst mit den Kosten von 1800 K genehmigt.

Die Budget-Debatte im Gemeinderat. Für die Beratung des Rechnungsabschlusses der Gemeinde Wien pro 1910 und des Hauptvoranschlags für das Jahr 1912 wurde zwischen den Leitungen des gemeinderätlichen Bürgerklubs und der oppositionellen Partei Nachstehendes vereinbart: Der Rechnungsabschluß wird am Dienstag, den 12. d.M. zu Ende geführt und am selben Tag wird nach der Budget-Referent VB. Hoß sein Exposé über den Hauptvoranschlag vorlegen. In den Sitzungen am Mittwoch, Don-

nerstag und Freitag soll dann sowohl die General-Debatte als auch die Spezial-Debatte abgeführt werden. In der General-Debatte sollen von den Fortschrittlichen 4 Redner, von den Sozialdemokraten 3 Redner zum Worte kommen. Die Redner in der General-Debatte haben auch die Absicht kund getan, soweit es ihnen bei der Prüfung des Voranschlags möglich ist, ihre eventuellen Abänderungsanträge gleich in der Generaldebatte zu stellen oder wenigstens zu begründen. Der Bürgerklub tritt Montag nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Tagesordnung: Budget - Beratung.

Hauptvoranschlag pro 1912

Der Stadtrat hat den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1912 (Referent VB. Hoß) zu Ende beraten. Bilanz und Bedeckung stellen sich wie folgt:

Das Gesamterfordernis beträgt	233.090.000 K
hievon entfallen auf kurrente Anlagen	160.052.400 K
auf Investitionsauslagen sowie auf größere einmalige Auslagen, die nicht den Etat eines Jahres belasten können	73.037.570 K.
Die eigenen Einnahmen belaufen sich auf	102.473.630 K
hierunter kurrente Einnahmen	99.831.410 K
Einnahmen aus nicht kurrenten Mitteln	2.642.420 K.
Das durch die eigenen Einnahmen nicht bedeckte Netto - Erfordernis beziffert sich mit	130.616.170 K
Hievon sind durch Umlagen und in anderer Weise zu bedecken	
für kurrente Zwecke	60.221.620 K
für nicht kurrente Zwecke	70.395.150 K.
Zur Deckung des Netto - Erfordernisses hätten zu dienen:	
der Ertrag der städtischen Umlagen im bisherigen Ausmaße per	68.151.360 K
aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1908 zur Bedeckung der für Investitionen pro 1912 veranschlagten Kosten	2.759.400 K
a) finanzprogrammäßig	
b) vorschauweise für Zwecke des Investitionsanlehens vom Jahre 1908	4.367.420 K
aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1908 zur Bedeckung der für finanzprogrammäßige Zwecke pro 1912 veranschlagten Kosten	59.860.900 K
aus der Abschreibungsreserve der städtischen Gaswerke finanzprogrammäßig zur Bedeckung eines Teiles der für die Erweiterungsbauten pro 1912 veranschlagten Kosten	5.200.000 K
aus der Abschreibungsreserve der städtischen	

Elektrizitätswerke zur Bedeckung der für die Erweiterungsbauten pro 1912 veranschlagten Kosten	
a) finanzprogrammäßig	3.190.300 K
b) vorschauweise	2.955.700 K
aus dem Erneuerungsfonds der städtischen Straßenbahnen vorschauweise zur teilweisen Bedeckung der für den Ausbau der städt. Straßenbahnen pro 1912 veranschlagten Kosten	4.000.000 K
aus den Kassebeständen zur Bedeckung des im Jahre 1912 fälligen Kaufschillingsteilbetrages für die von der englischen Gasbeleuchtungs-gesellschaft angekauften Realitäten	1.168.150 K
aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien geleisteten einmaligen Pauschalbeiträge von 250.000 K zu den Kosten der in der Strecke Hütteldorf - Schlachthaus - Schikanedwergweg der Wientallinie der Stadtbahn durchzuführenden Bahneindeckungen samt Straßenanschlüssen etc.	100.000 K
aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien aus den Ersparnissen des Anlehens zur Verfügung gestellten Betrag. von 250.000 K für die Vollendung der Wienflußregulierung	10.000 K
Summe der Bedeckung	130.616.170 K
Gegenüber dem in der vorstehenden Bilanz ausgewiesenen, durch die eigenen Einnahmen der Gemeinde Wien nicht bedeckten Netto Erfordernisse per	130.616.170 K
ergibt sich ein Ueberschuß von	47.060 K.

EB. Der heutigen Korrespondenz liegt das Abstimmungsprotokoll des Magistrates, der Nachtrag zum Hauptvoranschlag und der Bericht des Stadtrates über den Hauptrechnungsabschluß bei. Die 3 Bände des Hauptvoranschlags gehen abends den P.T. Redaktionen zu.

Wohnungsausschuß. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schneider über die Errichtung eines Wohnungsausschusses. Das Gesetz vom 22. Dezember 1910, das durch Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds der gemeinnützigen Bautätigkeit die erforderliche Kredithilfe zu leisten bestimmt ist, sieht in § 15 die Errichtung von Wohnungsausschüssen vor, welche die lokalen Wohnungsverhältnisse wahrzunehmen haben und zur Abgabe von Gutachten, insbesondere über Darlehensgesuche sowie zur selbständigen Stellung von Anträgen berufen sind. Die näheren Bestimmungen über die Errichtung der Wohnungsauss-

schüsse sind in der Ministerial-V.ordnung vom 18. August 1911 festgesetzt. Nach derselben wird in der Regel der Wohnungsausschuß für das Gebiet einer Ortschaft gemeinde gebildet und besteht aus mindestens 4, höchstens 16 Mitgliedern und ebensoviel Erzesatzmännern. Die Errichtung des Wohnungsausschusses erfolgt nur über Antrag der Gemeinde, einer sozialen Versicherungsanstalt oder einer Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens. Die Entscheidung über einen solchen Antrag auf Errichtung eines Wohnungsausschusses fällt die politische Bezirksbehörde, in Wien also der Magistrat. Derselbe hat auch über die Zusammensetzung des Wohnungsausschusses zu entscheiden, wobei zur Richtschnur zu dienen hat, daß die Anzahl der Vertreter der Gemeinde im Wohnungsausschusse nicht größer sein darf als die Anzahl der Vertreter der anderen Interessenten. Da seitens der Zentralstelle für Wohnungreform der Antrag auf Errichtung eines Wohnungsausschusses gestellt wurde, ist diese Angelegenheit nunmehr für Wien aktuell geworden. Der Magistrat hat nun die Gemeinde Wien und alle sonstigen Interessenten von dem Antrage der Zentralstelle mit der Aufforderung zu verständigen, zu diesem Antrage bis Ende 1912 Stellung zu nehmen. Die Entscheidung der Frage ob für ganz Wien ein einziger Ausschuß zu errichten ist, oder ob neben einem Zentralausschusse in den einzelnen Bezirken Ausschüsse zu errichten wären, kann erst nach Einlangen der Äußerungen der verschiedenen Interessenten getroffen werden. Der Stadtrat nahm nach dem Berichte des StR. Schneider zur Kenntnis, daß beim Magistrate ein Antrag auf Errichtung eines Wohnungsausschusses gestellt wurde. Der Bürgermeister wurde für den Fall der Errichtung dieses Wohnungsausschusses ermächtigt, die von der Gemeinde Wien zu entsendenden Vertreter zu delegieren.

Gemeinderätliche Wahlen. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung gewählt: in den Approvisionierungsausschuß GR. Wilhelm als Mitglied; in die Kontrollkommission für das unbewegliche Gemein'e- und Fondsvermögen im 16. Bezirk GR. Leop. Schmidt als Mitglied; in den Verwaltungsausschuß der städtischen Versicherungsanstalt GR. Kern als Ersatzmann; in das Gemeindevermittlungsammt zum Vergleichsversuche zwischen streitenden Parteien im 9. Bezirk Bezirksvorsteher Stary, Vorsteherstellvertreter Jungwirth, Bezirksrat Magschitz, Franz Finster, Karl Gerstmayer, Johann Irrer, Ferdinand HRES und Max Vogler zu Mitgliedern, Heinrich Ellenberg, Leopold Löblich, Eduard Niederbruckner und Bezirksrat Freininger zu Ersatzmännern, in das Gemeindevermittlungsammt zum Vergleichsversuche zwischen streitenden Parteien im 10. Bezirk Bezirksvorsteher Krusa, GR. Fejeschlebs, Bezirksrat kais. Rat Dohner Jiratko

und Stepanek, Obmann des Armeninstitutes Schläsmer, Armenrat Buresch und Ortschaftsrat Bily zu Mitgliedern, GR. Hock, die Bezirksräte Nis und Schwalm und Heinrich Pelzer zu Ersatzmännern; in das Gemeindevermittlungsamt im 11. Bezirk Bezirksrat Lindner zum Mitglied, Armenrat Bottoli zum Ersatzmann.

Anstellung weiblicher Handarbeiten im Rathaus. Die in zwei großen Sälen der Bürgermeisterwohnung im neuen Rathaus bis zum 15. d.M. installierte Anstellung weiblicher Handarbeiten der Genossenschaft der Franziskanerinnen, Missionärinnen Mariens, ist täglich von 10 bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 1 Uhr zur allgemeinen Besichtigung für das Publikum geöffnet. Die Anstellung ist sehr interessant und reichhaltig und umfaßt nicht nur Handarbeiten der europäischen Schützlinge der Franziskanerinnen, sondern auch eine große Anzahl von Arbeiten aus den Klöstern der Franziskanerinnen in China und Japan, die sämtlich verkäuflich sind und eine gute Gelegenheit zum Ankauf passender Weihnachtsgeschenke bieten.

Franz Josefs-Jugendasyll. Aus dem Nachlasse des verstorbenen Baron Albert Rothschild haben seine Erben für das Franz Josef Jugendasyll in Weinzierl den Betrag von 20.000 K gespendet. Der Verwaltungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung den Erben für diese hochherzige Spende den wärmsten Dank zum Ausdruck gebracht.

Dienstbotenkrankenkasse. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte VB. Dr. Porzer zur Kenntnis, daß die Gesetzesvorlage über die neue Gesinde- (Dienstboten-) Ordnung sanktioniert und diese neue Dienstbotenordnung mit dem n.ö. Landesgesetze vom 28. Oktober 1911 erlassen wurde. - Ueber Antrag des Referenten beschloß der Stadtrat, diese Dienstbotenordnung in einer großen Anzahl von Exemplaren drucken zu lassen und dieselben bei den magistratischen Bezirksämtern bei den Zahlstellen für die Dienstboten - Krankenkassa - Gebühren gegen Ersatz der Druckkosten auszufolgen. Ferner wurde nach einem Bericht des VB. Dr. Porzer der § 11 der Statuten der Dienstbotenkrankenkasse gemäß einer Bestimmung der neuen Gesindeordnung nach der Richtung geändert, daß die Verpflegungskosten von der Kasse nicht mehr für einen Monat, sondern nur für 28 Tage getragen werden. Ferner wurde der § 15 ganz gestrichen.

Lueger - Denkmal. Das Dr. Karl Lueger-Denkmal Komitee hat heute seine Beratungen über die Wettbewerbs-Bestimmungen zur Erlangung von Entwürfen für das Dr. Karl Lueger Denkmal in Wien beendet. Die Ausschreibung wird im wesentlichen folgende Bestimmungen enthalten: Das Denkmal soll auf dem Dr. Karl

Lueger Platz im 1. Bezirke als Abschluß der Zufahrtstraße in der Hauptachse des Rathauses hinter der Flucht des gegenwärtigen Trottoirs der Ringstraße mit der Hauptansicht gegen den Franzensring zur Aufstellung kommen. Kolonnaden, Arkaden oder sonstige architektonische Einrahmungen, die den freien Ausblick auf das Rathaus behindern würden, sind grundsätzlich zu vermeiden. Dagegen wird ein Abschluß des Denkmalplatzes gegen die auf beiden Seiten freizuhaltenden Fahrbahnen zum Rathaus in Form von Anpflanzungen oder monumentalen Abschüssen aus Stein mit tunlichster Schonung der derzeit bestehenden Baumpflanzungen in einer solchen Höhe gestattet, daß der freie Ausblick nach dem Rathaus gewahrt bleibt. Gestaltung und Ausschmückung des Denkmals sind dem freien Ermessen des Künstlers überlassen, ebenso die Wahl der Materialien, welche aber wetterbeständig sein müssen. Die Figur aber des Denkmals ist aus Bronze herzustellen. Die Gesamtkosten des Denkmals einschließlich der Herstellung der Fundamente und der Ausgestaltung der Umgebung des Denkmals dürfen den Betrag von 250.000 K nicht überschreiten. Zur Teilnahme am Wettbewerb sind alle deutsch-österreichischen Künstler berechtigt. Die Entwürfe sind in versiegelten Verpackungen bis längstens 30. April 1912 mittags 12 Uhr im Präsidialbureau des Rathauses zu überreichen. Es werden vier gleiche Preise im Betrage von je 6000 K bestimmt. Das Preisgericht besteht aus dem Bürgermeister der Stadt Wien als Vorsitzenden, aus dem Obmann des Denkmal-Komitees, aus drei durch den Bürgerklub zu wählenden Mitgliedern des Gemeinderates, aus je einem vom Bürgermeister zu bestimmenden Beamten des Magistrates und des Stadtbauamtes, aus zwei Mitgliedern der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens und je einem Mitgliede der Sezession, des Hagenbundes, des Künstlerverbandes Österr. Bildhauer, der Zentralvereinigung der Architekten und der Gesellschaft österreichischer Architekten. Die Wettbewerbs-Bestimmungen enthalten dann noch genaue Bestimmungen was jede Preisarbeit zu enthalten hat und Vorschriften für das Preisgericht und die Zuerkennung der Preise. Die Entscheidung darüber, welcher von den zum Wettbewerb überreichten Entwürfen zur wirklichen Ausführung gelangen soll, steht dem Denkmal Komitee zu, das an das Urteil des Preisgerichtes nicht gebunden ist. Doch haben die Mitglieder des Preisgerichtes bei der Vergebung der Ausführung Sitz und Stimme am Denkmal Komitee.

Deutsch-österreichischer Gewerbebund. Dieser Tage berief der D.-ö. Gewerbebund eine nenerliche Versammlung von Gewerbetreibenden für Rudolfsheim ein. Das allgemeine Interesse an dieser Versammlung gab sich durch einen sehr starken Besuch kund. Un-

ter den vielen Erschienenen bemerkte man: Landtagsabgeordneten und Bezirksvorsteher Kunz, Bezirksvorsteher Stellvertreter Wiesinger, die GR. Gebhart, Siegmund und Vignati, die Bezirksräte Jonas, Schmied und Schlüsselberger u. v. a. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Obmann Bezirksrat Jonas, der auf die heutige entschiedene Haltung des Gewerbebundes in allen gewerblich-wirtschaftlichen Fragen hinwies, sprach zunächst der Vorsteher der Rauchfangkehrergenossenschaft Komarek über die Notwendigkeit eines Kartellgesetzes und einer allgemeinen Altersversicherung. Auch Vorsteher Komarek betonte die Notwendigkeit der Einhaltung einer gewerblichen Mittellinie, welche alle Parteipolitik links und rechts liegen lasse. Die Gewerbetreibenden verlangen heute gar nichts anderes als nur den notwendigen Schutz für die bedrängten Existenzen. (Beifall). GR. Vignati referierte über gewerbliche Fragen, so insbesondere über die Neuschaffung einer Gewerbeordnung, die aus einem Gusse sein müsse, und über gewerbliches Kreditwesen. Die Gewerbetreibenden mögen über diese alten Forderungen nicht immer nur in Versammlungen, Resolutionen und Denkschriften vertreten, die von maßgebenden Seiten dann unbeachtet in den Papierkorb wandern, sondern der herrschenden Not entsprechend endlich zur äußersten Notwehr greifen. Niemand könne es heute dem Gewerbebeden verargen, wenn er unter den heutigen traurigen Verhältnissen die Zahlung der Steuern einstellen würde. (Beifall). Der nächste Redner, Sekretär Hainzlmayr kam auf die interne Tätigkeit des Bundes und auf die letzten Aktionen desselben zu sprechen. Wenn heute der D.-ö. Gewerbebund dem einen oder anderen Parteipolitiker nicht mehr zu Gesicht stehe, weil er sich von einseitiger Parteipolitik losgeschält und reine Wirtschaftspolitik betriebe, so muß uns dies nur in dem Bewußtsein bekräftigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. (Beifall). Vize-Präsident Bottoli besprach unter allgemeiner Zustimmung die außerordentlichen Verdienste des neuen Präsidenten Baudouin, der mit seiner Energie den Bund in ein paar Wochen zur führenden Rolle in der gewerblichen Öffentlichkeit emporgehoben habe. Graveur Pramer erstattete ein ausführliches Referat über die vom D.-ö. Gewerbebund für die beiden Gemeindebezirke Rudolfsheim und Pöfinghaus im Jahre 1912 beim Wimberger geplanten Handwerker Ausstellung. (Beifall). GR. Gebhart, der dieses Projekt mit warmen Worten unterstützte, wies auf einige kleine Schwierigkeiten hin, die sich dem Unternehmen noch entgegenstellten. Nachdem der Referent diese Bedenken zerstreuen konnte, wurde die Veranstaltung dieser Ausstellung einstimmig beschlossen. Präsident Baudouin, die aus einer zweiten Versammlung in Ottakring herbeigesellt war, fand eine jubelnde Begrüßung. In klaren Umrissen schilderte er die Aufgaben, die er sich bei der Leitung des Bundes für die nächste Zukunft gestellt hat. Sein Programm

besteht in Kürze dahin, für den bedrängten Gewerbebestand wirtschaftliche Taten zu schaffen. Der Gewerbebund muß eine Organisation sein, die aus den Gewerbetreibenden selbst hervorgeht, und auf deren alleinigen Kraft beruht und unbeeinflusst von oben und von außen her für den Gewerbebestand wirkt. Das ist mein Bekannnis und wenn jemand von mir begehrt, daß ich „Farbe bekenne“, so hat er damit meine Antwort. (Langanhaltender tosender Beifall). Nachdem nach der Bezirksvorsteher Kunz, Bezirksrat Schmied, Bezirksvorsteher Stellvertreter Wiesinger und Schlossermeister Karl Goltzacher gesprochen hatten, wurde die Versammlung, die dem Bunde einen neuen Erfolg brachte, in später Nachtstunde geschlossen.

Schüler-Wettswimmen. Sonntag, den 3. d.M. veranstaltete im Margarethenbade die überaus rührige Ortsgruppe Favoriten des Vereines zur Pflege des Jugendspieles in Wien (Obmann StR. Wippel) ein Schüler-Wettswimmen, das sich großer Beteiligung erfreute und glänzend verlief. Das Programm des Schwimmfestes umfaßte 7 Abteilungen u.zw. einen Lyon'schen Reigen - Anzug, Springen, (in 7 Abarten), Stafettenschwimmen, Wettswimmen, Reiterkampf, Kürspringen und Schwimmen mit brennenden Fackeln. Die Konkurrenz bestritten ausnahmslos Ehrsüchtige, die heuer von der Gemeinde aus namhaften Opfern in dem am „Gändehäufel“ errichteten Knabenschwimbade zu tadelloser Schwimmanlage herangebildet worden sind. Heuer wurden an 450 „frei“. Im kommenden Jahre hoffen die Gemeinde und die beteiligten Vereine (Jugendspielvereine, Knabenhorte, Pesta-Lozzi-Verein, etc.) 3000 Kinder zu fertigen Schwimmern auszubilden. - Als Ehrengäste wurden durch GR. Wawerka begrüßt: Bezirksvorsteher Hruza, die GR. Angeli und Körber, der Referent für städt. Bäder Mag.-Rat Hanisch, Bezirksschulinspektor Smittal, Bau-Inspektor Bischanka, Chormeister Kehlendorfer, die Orchesterchulräte Berndt, Jersabek und Senrad, etc. Beim Wettswimmen (Basenlänge 17 1/2 m) waren: 1. Weber, 2. Zika, 3. Worel, 4. arisek. Beim Springen, insbesondere Kopfsprung glänzten besonders die Schüler Schilhabl, Prell und Schindelka. Die Sieder wurden stürmisch bejubelt und manchmal gab es eine Aufregung wie bei einem großen Wettkampfe. Um die Veranstaltung haben sich besondere Verdienste erworben: GR. Wawerka und als Spielleiter Lehrer Klemens Dorn, welcher letzterer schon seit einem Dezennium in selbstloser Weise für die Förderung der körperlichen Ausbildung der Schuljugend tätig ist.

VB. Den dem heutigen Anstalt der Stadt Wien beiliegenden statistischen Mitteilungen ist eine interessante Zusammenstellung über den Rückgang der Schülerfrequenz an den öffentlichen Volksschulen in Wien zu entnehmen.